

## Die Bundesregierung forciert den Ausverkauf Deutschlands

Ausländische Staatsfonds erwerben Produktivkapital und die Deutsche Regierung organisiert das Geschäft.

Von Hermann Patzak

Über 52 [Prozent](#) des Eigenkapitals der dreißig größten deutschen Aktienunternehmen gehört heute (Anfang 2007) ausländischen Finanzanlegern<sup>1</sup>. Andere sind schon komplett in ausländisches Eigentum übergegangen, Mannesmann, Höchst, Hypovereinsbank etc. Von den ungezählten Mittelbetrieben gar nicht zu reden. Wo heute noch deutsch draufsteht ist schon lange nicht mehr deutsch drin!

Niemand in Deutschland hat sich bisher darüber aufgeregt, daß die bedeutendsten Wirtschaftsunternehmen Deutschlands in den letzten Jahren in die Hände ausländischer Eigentümer übergegangen sind, hatten diese doch ihren Wohnsitz in den Finanzzentralen der sogenannten westlichen Hemisphäre. Im Gegenteil: deutsche Politiker und Finanzexperten haben die Entwicklung begrüßt und behauptet, die deutsche Volkswirtschaft bräuchte den Zustrom ausländischer Investoren dringend, damit sie in einer globalisierten Welt konkurrenzfähig bleiben zu könne.

Doch die deutsche Wirtschaft hätte eigentlich selbst hinreichend Kapital gehabt, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Einen Großteil davon jedoch haben verantwortungslose und ihrer Aufgabe nicht gewachsene deutsche Wirtschaftskapitäne im Ausland vernichtet: BMW, Daimler-Benz, Deutsche Post, Adidas, die Liste könnte beliebig verlängert werden. Sie wollten die „große Geige“ im Konzert der Global Player spielen. Prototyp ist der gelernte KfZ-Mechaniker Jürgen Schrempp. Sie haben in kürzester Zeit Verluste in mehrstelliger Milliardenhöhe im Ausland mit ihren Ramsch-Einkäufen eingefahren und ein Vermögen verpulvert, das über Generationen hinweg von deutschem Kapital und deutscher Arbeit angesammelt worden war.

Seit geraumer Zeit interessierten sich auch ausländische Staatsfonds für deutsches Produktivvermögen und deutsche Immobilien. Einige davon kommen nicht aus der Hemisphäre der Westlichen Wertegemeinschaft. Im Nahen und Fernen Osten hatte man durch Rohölexporten und den Export von Gütern der industriellen Massenfertigung Gelder angesammelt, die sinnvoll, also gewinnbringend angelegt werden wollten. Natürlich auch in Deutschland, das seit dem Einsetzen der eigentlichen Globalisierung (1990 ff.) zur Spielwiese des internationalen Finanzkapitals geworden war. Und jetzt auf einmal kam bei deutschen Politikern (Roland [Koch](#), auf höheren Wink hin?) die Frage auf, ob man diesen Unternehmen, die zusätzlich noch in staatlichem Eigentum sind, den Eigentumserwerb deutschen Produktivvermögens nicht untersagen sollte. Die Debatte wurde kurz nach ihrem, inszenierten Start, sang- und klanglos wieder abgebrochen, denn die altkapitalistischen Industrieländer hatten die Gelder dieser Fonds auf einmal bitter nötig, nachdem Ende Juli 2007 die Finanzmarktkrise ausgebrochen war. Seitdem haben diese gescholtenen [Staatsfonds](#) den westlichen Großbanken bisher (Mai 2007) insgesamt 69 Milliarden Dollar zugesteckt<sup>2</sup>, um den Zusammenbruch des Finanzsystems zu verhindern, der natürlich auch ihre Devisenschätze vernichtet hätte. Gleichzeitig sind sie das gewor-

---

<sup>1</sup> Die [Welt](#) Online, 17. Dezember 2007, 14:04 Uhr: „Das Deutsche Aktieninstitut (DAI) bestätigte entsprechende Berechnungen des „Handelsblattes“, das geschrieben hatte, daß der Anteil des ausländischen Kapitals an den Dax - Konzernen sei in diesem Jahr auf 52,6 Prozent gestiegen sei. Noch 2001 betrug er nur gut ein Drittel.“

<sup>2</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.05.2008 Seite 22.

den, was die „westliche Politik“ auf alle Fälle verhindern wollte: Miteigentümer an den großen Investmentbanken der kapitalistischen Welt.

Jetzt sah sich Bundesfinanzminister Peer [Steinbrück](#) sogar veranlaßt in den Nahen Osten zu reisen, um am Golf die dortigen Staatsfonds um Beteiligungen in Deutschland anzubetteln<sup>3</sup>. In Kuwait sagte er wörtlich, „es geht der Bundesregierung nicht darum, ausländische Staatsfonds von Investitionen in Deutschland abzuhalten.“ Deutschland sei so in die internationale Wirtschaft verwoben, daß man verrückt wäre, Abwehrsignale an ausländische Investoren auszusenden. Wir sollten vielmehr ein hochgradiges Interesse daran haben, Staatsfonds nach Deutschland einzuladen.“ Er sagte weiter, daß sich die Pläne der Bundesregierung nicht gegen das Land am Golf richten. Es zielt auf Staatsfonds aus anderen Weltregionen, vor allem China.

Begleitet wurde Herr Steinbrück bei seiner „Mission im Nahen Osten“ von Vertretern des internationalen Finanzkapitals, wie den Investmentbankern Hans Martin Bury (Lehman Brothers), Annette Messemer (Merrill Lynch Deutschland), Commerzbankvorstand Markus Beumer. Mit von der Partie war auch der ehemalige CSU-Aktivist Otto Wiesheu aus dem Vorstand der Deutschen Bahn. Ganz offensichtlich ist es der Bundesregierung ein Herzensanliegen deutsches Produktivvermögen und die daraus fließenden Gewinne mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln an das Ausland abzutreten. Staatsvermögen ist Volksvermögen!

Es wäre zu prüfen, ob einfache Regierungsmehrheiten das Recht haben das Eigentum des Deutschen Volkes auf diese Art und Weise zu verschleudern. Den Deutschen sollte bewußt sein, was hier eigentlich abläuft – ohne daß sie gefragt werden!

© [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de) 15.06.2008

---

<sup>3</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.05.2008 Seite 15.